

Mehr GRÜN für Nordwestmecklenburg und Wismar.

Kommunalwahlprogramm 2019



Weil wir hier leben.



Bündnis 90 / Die Grünen

Kreisverband Nordwestmecklenburg/Wismar

Bademutterstraße 15

23966 Wismar

info@gruene-nordwestmecklenburg.de

gruene-nordwestmecklenburg.de

WAHLPROGRAMM
KOMMUNALWAHL 2019
NORDWESTMECKLENBURG / WISMAR

BÜNDNISGRÜN FÜR
UNSEREN LANDKREIS
NORDWESTMECKLENBURG UND
DIE HANSESTADT WISMAR



**Natürlich interessiert mich die Zukunft.
Ich will schließlich den Rest meines Lebens
darin verbringen.**

(Mark Twain)

LEBEN IN DER REGION

Eine Region prägt die Menschen, die in ihr leben. Landschaft, Orte, Familie und Arbeit sind wesentlich für eine positive Identifizierung mit der Region.

Durch die Möglichkeiten des Miteinanders in Vereinen und Initiativen sowie die kulturellen Angebote wie Museen, Gedenkstätten und Spielstätten für Musik und Theater wird eine Region für alle Bewohner*innen attraktiv.

Wir wollen, dass die kulturelle Vielfalt vom Dorfverein bis zu öffentlichen Bibliotheken erhalten und weiterentwickelt wird. Im ländlichen Raum unterstützen wir ausdrücklich Projekte, die ein lebendiges, generationenübergreifendes Miteinander fördern.

Obwohl es wieder mehr junge Familien gibt, die sich bewusst für das Leben auf dem Land entscheiden, leben auch bei uns überproportional viele ältere Menschen im ländlichen Raum.

Dabei ist es anders als früher sowohl in den Städten als auch in den Dörfern nicht mehr selbstverständlich, dass alternde Eltern von ihren Kindern unterstützt werden können.

Umso wichtiger ist es, das Zusammenleben von Generationen zu fördern und die Bedingungen dafür zu verbessern. Nur so können junge und alte Men-

schen voneinander lernen und von unterschiedlichen Lebenssituationen profitieren.

Um dieses Miteinander zu ermöglichen, benötigen wir Angebote für Jung und Alt:

- Regionalläden für den täglichen Bedarf
- mobile medizinische Versorgung mit regelmäßigen Angeboten vor Ort
- Abholbusse für kulturelle Angebote, Discobesuche, Konzerte und
- Verbesserung der Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel
- Unbürokratische Unterstützung von Dorfvereinen
- Schaffung einer zukunftssicheren digitalen Infrastruktur
- Mehrgenerationenhäuser
- Unterstützung von Neugründungen im ländlichen Bereich



Wir BÜNDNISGRÜNE heißen Menschen anderer Kulturen in unseren Kommunen willkommen. Wir unterstützen alle Ideen und Projekte, die dazu dienen, Vorurteile abzubauen und das Verständnis füreinander zu fördern.

Dafür ist es notwendig, Sprachbarrieren durch ausreichende Lernangebote abzubauen, Migrant*innen und Asylsuchende dezentral unterzubringen und Orte zu schaffen, die ein persönliches Miteinander ermöglichen. Integration heißt für uns auch, das Zusammenleben mit Menschen aus anderen Kulturkreisen als Bereicherung zu erfahren.

KLIMASCHUTZ UND ENERGIEWENDE / REGENERATIVE ENERGIEN

Wir wollen in Zukunft ohne die mit unberechenbaren Risiken verbundene Atomenergie leben. Gegen den Klimawandel setzen wir auf Maßnahmen zur Energieeinsparung und auf ein schlüssiges Konzept für den Einsatz erneuerbarer Energien. Anzustreben ist eine Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern. Unser Ziel ist es, dass nicht nur Mensch und Natur, sondern möglichst auch die kommunalen Finanzen von der Entwicklung profitieren.



Darum setzen wir uns ein für:

- die Entwicklung von ganzheitlichen Klimaschutzkonzepten unter Einbeziehung der nachhaltigen Energieversorgung von Gebäuden, des Verkehrs, des Abfallmanagements, der Grünflächenplanung unserer Kommunen
- nachwachsende Rohstoffe ohne Schaffung von Monokulturen, die Nutzung von Abfallstoffen aus Landwirtschaft und Landschaftspflege für die Biogasproduktion
- den Einsatz von modernen Speichertechnologien zur effektiveren Nutzung erneuerbarer Energien
- Verbesserung der Energieeffizienz kreis-, amts- und gemeindeeigener Immobilien durch konkrete Maßnahmen und passgenaue Konzepte
- Transparenz bei der Ausweisung von weiteren Flächen für Windenergie in

landschaftsverträglichem Umfang und Schaffung von Bürgerwindparks, von denen alle Betroffenen profitieren. (siehe hierzu Positionspapier der BÜNDNISGRÜNEN in NWM)

- Erschließung geeigneter öffentlicher Dachflächen zur gemeinschaftlichen Nutzung (z. B. Bürgersolar, Erstellung von Dachkatastern für alle Gemeinden)
- Vermeidung zusätzlichen Flächenverbrauches durch großflächige Photovoltaikanlagen
- Förderung von Ökostromerzeugung und -nutzung mit Hilfe der kommunalen Energieversorger

Wir fordern daher:

- kommunal erzeugte Energie in kommune-/gemeindeeigenen Stadtwerken
- Teilhabe der Bevölkerung an Wert-

schöpfung aus kommunal erzeugter Energie

- Förderung von Bioenergiedörfern
- Ausbau des E- und Wasserstoff-Tankstellennetzes
- Landstrompflicht für Kreuzfahrtschiffe, um CO₂ und Feinstaubbelastung zu minimieren
- Ladestationen für E-Bikes in jeder Gemeinde und an Knotenpunkten entlang überregionaler Fahrradwege

WIRTSCHAFT

Ökologisch nachhaltiges Wirtschaften und Mitbestimmung der Arbeitnehmer, Toleranz und Kinderfreundlichkeit müssen mehr Einfluss haben. Nur dann haben wir die Chance, Abwanderung zu verringern und eine regio-



nal orientierte nachhaltige Wirtschaft zu etablieren. Dies bedeutet die Schaffung von regionalen Kreisläufen in der Landwirtschaft, im Handwerk und im Gewerbe.

Nur eine Wirtschaftsentwicklung, die den Umbau zur ökologisch-sozialen Marktwirtschaft bewältigt, ist überlebensfähig. Hierbei sind der Verbraucherschutz, die Schonung der natürlichen Ressourcen und die Bewahrung der Schöpfung in Zukunft wichtige Ziele. Vernetzung und die Entwicklung von regionalen Rohstoff-, Waren- und Wirtschaftskreisläufen sollen die Wertschöpfung vor Ort verankern und zu gerechteren Löhnen beitragen.

In der Vergangenheit wurden Fördermittel vergeudet. Fördermittel sind als Zuschuss zu betrachten und nicht als Finanzierungsquelle. Dies betrifft sowohl Investoren als auch Kommunen. Daher wollen wir die Förderung vor allem von kleinen und mittleren Unternehmen, die vor Ort tätig sind und für Arbeitsplätze in der Region sorgen. Wir setzen uns für einen Mindestlohn von zwölf Euro (Arbeitnehmerbrutto) bei Auftragsvergaben des Landkreises ein. Wir machen uns stark für die Schaffung eines existenzgründerfreundlichen Umfeldes wie z. B. die Bereitstellung von günstigen Arbeitsräumen und guter Infrastruktur. Dies trägt dazu bei, Fachkräfte in der Region zu halten und neue Arbeitsplätze zu schaffen.

TOURISMUS

Die Kultur- und Küstenlandschaft in der Region Nordwestmecklenburg ist ein Alleinstellungsmerkmal. Entsprechend unterstützen wir den regional orientierten Natur- und Gesundheitstourismus.

Wir dürfen unsere regionale Identität nicht den Interessen des Massentourismus opfern.

Projekte mit touristischer Ausrichtung sollten regional eingebunden und nachhaltig konzipiert sein. Eine starke ökologisch orientierte Landwirtschaft könnte dazu beitragen, den Tourismus auch im Binnenland interessanter zu machen.

Wir wollen den Fahrrad- und Wandertourismus stärken und uns für ein attraktives Rad- und Wanderwegenetz einsetzen. Dabei wollen wir verstärkt für die sanfte Tourismusentwicklung im Binnenland eintreten.



Wir setzen uns aktiv ein für:

- die Förderung eines qualitativ hochwertigen Tourismus, der kleinteilige touristische Betriebe und Strukturen schafft, um die Wertschöpfung in der Region zu halten
- den Erhalt von Natur und Landschaft
- touristische Infrastrukturen und Projekte, die gleichermaßen Touristen und Einheimischen zugutekommen (z. B. Ausbau und Instandsetzung des Rad- und Wanderwegenetzes)
- Verhinderung ausschließlich touristischer Nutzung der Ostseegemeinden in der Region durch Förderung des dauerhaften Wohnens für Bewohner*innen.

NATUR- UND LANDSCHAFTSSCHUTZ

Es ist ein zentrales Anliegen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass die natürlichen Lebensräume in ihrer ökologischen Funktion als Lebensgrundlage für die Pflanzen- und Tierwelt nachhaltig erhalten werden. Wir BÜNDNISGRÜNE fordern die zügige Umsetzung der Anforderungen der EU im Bereich des Umweltschutzes (EU-Wasser Rahmenrichtlinie, FFH-Richtlinie) und des Schutzgebietsnetzwerkes NATURA 2000. Dies sind grundsätzlich geeignete Instrumente, um unsere natürliche Vielfalt an Lebensräumen und Arten zu schützen oder zu entwickeln. Die finanzielle Ausstattung der Gemeinden muss so gestaltet werden, dass die Maßnahmen nicht wie bisher am Budget scheitern. Durch die Umsetzung von europarechtlich festgesetzten Schutzgebieten in nationales Recht wird Planungssicherheit hergestellt.



Die Land- und Forstwirte tragen eine hohe Verantwortung für die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen. Sie sind die Partner, die unsere Landschaft erhalten und positiv entwickeln können. Wir setzen uns aktiv für unbürokratische Fördermaßnahmen ein, die durch Heckenanpflanzungen, Fruchtfolgen, Blühstreifen und Erhalt von Grünland zu einer vielfältigen Kulturlandschaft beitragen.

Zudem wollen wir Maßnahmen zur Förderung von Natur- und Umweltbildung in den Bereichen des Naturparks „Sternberger Seenland“, des Biosphärenreservates „Schaalsee“, für die Bereiche der Ostseeküste und darüber hinaus in Kitas und Schulen verstärkt anbieten und unterstützen. Umweltbildung dient der Sensibilisierung für Natur- und Landschaftsschutz.

Wir setzen uns für einen intensiven konstruktiven Dialog zwischen Naturschutz und Landwirtschaft/Forstwirtschaft ein. Landschaftspflegeverbände und Naturschutzbeiräte sind Institutionen und Gremien, die diesen Dialog fördern können. Entsprechend unterstützen wir diese Gremien und Initiativen, die sich aktiv für Belange des Naturschutzes einsetzen.

Vorrangig durch die intensive Landwirtschaft und Massentierhaltung sinkt die Qualität von Oberflächengewässern und des Grundwassers. Steigen die Nitratwerte im Grundwasser an, so

werden die Kosten für sauberes Trinkwasser ansteigen.

Dieser Entwicklung wollen wir Einhalt gebieten und setzen uns für eine Landwirtschaft ein, die Schadstoffeinträge minimiert und Ressourcen langfristig schützt. Eine Reduzierung der Tierbestände auf ein ökologisch sinnvolles Maß, das auch dem Tierwohl dienen würde, halten wir für unumgänglich. Schweinehochhäuser, Massenhaltung von Geflügel lehnen wir ab und streiten weiterhin für die Abschaffung der Förderung von solchen Anlagen.

Wir setzen uns für eine ökologisch nachhaltige Siedlungsentwicklung vorrangig in den Kernbereichen der Ortschaften ein. Dies bedeutet vor allem, dass Ortskerne und Stadtzentren in ihrer Funktion als Wohn- und Gewerbestandorte wiederbelebt werden. Die Ausweisung weiterer Wohn- und Gewerbegebiete im Außenbereich trägt nicht zu einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung bei. Wir wollen eine sozial und ökologisch verantwortliche Bodenpolitik.

Wir fordern einen transparenten Betrieb der Deponie Ihlenberg durch die Betreibergesellschaft (Ihlenberger Abfallgesellschaft, IaG) sowie eine ehrliche Informationspolitik hinsichtlich aller Risiken und Gefahren. Wir erwarten ein realistisches und schnellstmögliches Ausstiegsszenario für die Schlie-

ßung der Sondermülldeponie und eine konsequente Kontrolle im Bereich der Zuständigkeit des Kreises.

VERKEHR UND MOBILITÄT

Mobilität ist eine Grundvoraussetzung für die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben. Die BewohnerInnen der Städte und auf dem Land müssen gleichermaßen in der Lage sein, die Orte ihrer Wahl auch ohne Auto zu erreichen.

Die konsequente Förderung der Mobilität erfordert zwingend ein Verkehrsentwicklungskonzept, in dem alle Verkehrsteilnehmer gleichberechtigt behandelt werden. Punktuell kann es dabei sinnvoll sein, Verkehre wie z. B. den Fuß- und Radverkehr in dicht besiedelten Regionen zu bevorzugen. Der ÖPNV und ein Radwegenetz sind für uns ein integraler Bestandteil eines Verkehrswegekonzeptes, da sie einen wesentlichen Beitrag zum Schutz des Klimas und der Umwelt leisten.

Der Öffentliche Nachverkehr in unserem Landkreis (ÖPNV) hat sich in der letzten Zeit in eine positive Richtung entwickelt. Vor allem die ländlichen Regionen profitieren von neuen Buslinien und dem System des Anrufbus-

ses. Für uns ist dies aber erst der Anfang. Gerade in Wismar gibt es einen Änderungsbedarf bei Takt, Linienführung und besseren Umsteigemöglichkeiten und -zeiten. Für uns gehört der ÖPNV zur öffentlichen Daseinsfürsorge. Uns ist bewusst, dass nicht alle Angebote kostendeckend betrieben werden können und deshalb aus Steuermitteln subventioniert werden müssen.

Wir fordern:

- Ausbau und Vernetzung des ÖPNVs in andere Landkreise, sowie in die Metropolregion Hamburg
- Bessere Vernetzung mit anderen Verkehrsträgern (z. B. Bahn, P&R, Fahrradboxen)
- Kostenlose Beförderung für alle Schüler, auch außerhalb der Schulzeiten
- Förderung der Mitnahme von Fahrrädern im ÖPNV
- Erhöhung des Taktes, Optimierung der Linienführung, Verbesserung der Umsteigemöglichkeiten und -zeiten in Wismar
- Lückenschluss der Bahnverbindung zwischen Rehna und Lübeck
- Mietfahrradstationen

Die Entwicklung des Radverkehrs rückt durch den technischen Fortschritt besonders in unseren Fokus. E-Bikes, Pedelecs, Lastenräder und Fahrräder mit Anhängern erhöhen die Reichweite und die Nutzbarkeit des Fahrrads.

Diese sind eine ernst zu nehmende Alternative zum PKW und können einen wesentlichen Beitrag zur Verkehrsentlastung und zum Klimaschutz leisten. Auch der Fahrradtourismus wird durch diese Entwicklung positiv beeinflusst. Einheimische und Touristen sollten gleichermaßen die Möglichkeit haben unsere Region mit dem Fahrrad oder E-Bike als Alternative zu „erfahren“.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Durchgängige Radwege in Stadt und Land und koordinierte Planung unter Mitwirkung interessierter Bürger*innen
- Klare Orientierung der Verkehrswegeplanung auf die Gleichbehandlung von Fahrrad und PKW
- Fahrradwege in Gewerbegebieten
- Aufbau eines Netzes von sicheren und überdachten Abstellstationen/Ladestationen für Fahrräder, E-Bikes und Pedelecs
- Werterhaltende Pflege und Instandhaltung bereits bestehender Radwege
- Planung von neuen Radwegen am tatsächlichen Bedarf orientieren. Nicht an jeder Straße muss ein Radweg verlaufen. Sinnvoll ist vielmehr eine Kombination von straßenparallelen Radwegen und Radwegen auf wenig genutzten Wege- und Straßentrassen, sowie die Umnutzung von Fahrspuren zu Fahrradspuren.
- Attraktive Wegeverbindungen, ver-

mehrte Querungshilfen und Querungsmöglichkeiten für Fußgänger/Fahrradfahrer in Städten/Gemeinden,

- verkürzte Ampelwartezeiten und bessere Ampelschaltungen zum Vorteil für umweltfreundliche Verkehrsteilnehmer (Fußgänger und Fahrradfahrer müssen belohnt und nicht bestraft werden für ihr Null-Emissionsverhalten!)
- Schaffung von sicheren Fahrradabstellplätzen in Städten und Gemeinden, vor allem vermehrt an Bahnhöfen



Für Wismar sind Maßnahmen erforderlich, die den Autoverkehr weitgehend aus der Innenstadt fernhalten. Hier fehlt es an attraktiven Angeboten wie Park and Ride, Pendelbusverkehr und

Für Wismar fordern wir seit langem einen autofreien Marktplatz, um eine höhere Aufenthaltsqualität für Besucher der Restaurants und Cafés am Marktplatz zu erreichen, den Bedürfnissen der zahlreichen Fußgänger*innen gerecht zu werden und den stö-

renden Parksuchverkehr zu verringern. Generell sollte sich der PKW-Verkehr in historischen Innenstädten weitgehend auf Anwohnerverkehre und Lieferverkehre beschränken.

BILDUNG

Seit Jahren drängen wir auf eine Reform des Bildungssystems: längeres gemeinsames Lernen, Teilhabe und Weiterbildung. Um für sich selbst und andere verantwortlich handeln zu können und ökonomisch erfolgreich zu sein, ist Bildung eine der wichtigsten Voraussetzungen. Wir wollen ein vielfältiges Bildungsangebot und offene Schulen, die durch Lehrer*innen, Eltern und Schüler*innen gestaltet werden. Das muss auch bei der Schulentwicklungsplanung Berücksichtigung finden. Für uns gilt nach wie vor der Grundsatz „Kurze Wege für kurze Beine“. Außerdem setzen wir uns für eine echte freie Schulwahl ein. Daher fordern wir eine

kostenfreie Schülerbeförderung innerhalb des Landkreises, auch wenn nicht die örtlich zuständige Schule besucht wird.

Für uns BÜNDNISGRÜNE sollen Kindertagesstätten (Kindertagespflege) und Schulen Orte inmitten der Gemeinschaft sein. Orte, in denen junge Menschen auf die Anforderungen des Lebens treffen und lernen, mit ihnen umzugehen und in denen Kinder und Jugendliche individuell gefördert werden und soziale Kompetenzen spielend erwerben.

Schule sollte wieder ein Ort der Begegnung in den Gemeinden werden. Daher ist es wichtig, auch das Umfeld stärker in den Blickpunkt zu rücken.

Wir von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN wollen die Berufsschulstandorte erhalten, um eine Abwanderung unserer Jugendlichen aufzuhalten und den Unternehmen gut ausgebildete Fachleute zur Verfügung zu stellen. Wir set-



zen uns daher auch für ein ausreichend regionales Ausbildungsplatzangebot ein.

In Hinblick auf unsere Zukunftsfähigkeit sollte sich der Schulentwicklungsplan des Landkreises Nordwestmecklenburg mittelfristig an den berechenbaren Schülerzahlen orientieren. Eine Veränderung der Schulstandorte sollte nur aufgrund mittelfristiger Prognosen erfolgen. Der Schulentwicklungsplan ist dabei auf seine ökologische und soziale Nachhaltigkeit hin zu prüfen.

Konzepte und ausreichende Haushaltsmittel für die Sanierung und Ausstattung unserer Kindertagesstätten und Schulen haben für uns einen hohen Stellenwert. Schulen sollen dort zur Ganztagschule umgewandelt werden, wo Schüler, Lehrer und Eltern sie als sinnvoll erachten, jedoch nicht zur Regeleinrichtung werden. Wir möchten ausdrücklich die Schulen ermutigen eigene Profile zu entwickeln.

Der jetzt schon bestehende und sich in den nächsten Jahren verstärkende Lehrermangel wird eine große Herausforderung, der wir uns stellen. Der Quereinstieg von Lehrern ist nur zu unterstützen, wenn höhere Standards für eine pädagogische Ausbildung der Quereinsteiger*innen gewährleistet werden. Befristete Stellen müssen entfristet werden. Die Reservestellen für

Lehrer müssen erhöht werden, um dem Unterrichtsausfall entgegenzuwirken.

Wir unterstützen die länderübergreifende Nutzung von Kindertagesstätten und weiterführender Schulen über Nordwestmecklenburg hinaus. Wenn Einrichtungen in Schleswig-Holstein näher erreichbar sind als vergleichbare in unserem Kreis, sollten die Voraussetzungen für eine länderübergreifende gemeinsame Nutzung geschaffen werden.

Kulturelle Bildung sowie Umwelterziehung sollten selbstverständlich zu den Lernangeboten der Ganztagschulen, sowie Teil des Unterrichts werden. Nur so kann ein sozialkompetentes Miteinander gefördert werden und das Wissen zum Erhalt der gesunden Umwelt gestärkt werden.

Aufgrund der guten wirtschaftlichen Entwicklung steigt auch die Zahl der jungen Menschen, die hier eine Familie gründen. Das Angebot an Kindertagesstätten muss angepasst und erweitert, der pädagogische Fachkräfteschlüssel in den Kitas der Anzahl der Kinder entsprechend bemessen werden. Kinder sollen keine Aufbewahrungsorte besuchen, sondern ihrem Alter entsprechend gefördert werden.

Die Öffnungszeiten der Kindertagesstätten müssen flexibel auf die Bedürfnisse der berufstätigen Bürger*innen

eingestellt werden. Eine dreiwöchige Schließzeit der Kitas und der Horte ist nicht mehr zeitgemäß und geht an den Bedürfnissen von berufstätigen Eltern vorbei.

Im Hinblick auf die Prävention und Maßnahmen der Inklusion ist es für uns BÜNDNISGRÜNE wichtig, die Sozialarbeit und Jugendhilfe stärker auszubauen und jede Schule personell ausreichend auszustatten. Wir setzen uns für den Erhalt der Grundschulen in den Dörfern ein.

Eine Schule ist kultureller Mittelpunkt eines Dorfes und wichtig für das Gemeinschaftsleben. Die Schüler sollen die Möglichkeit haben, wohnortnah in einem überschaubaren Umfeld zu lernen. Wir setzen uns für qualitativ gutes Essen in Schulen und Kitas ein.

Die Kreismusikschule „Carl Orff“ mit allen Außenstellen liegt uns BÜNDNISGRÜNEN am Herzen. Ein fester außerschulischer Lernort mit vielfältigen Möglichkeiten, die Talente der Kinder zu entdecken und zu fördern muss weiterhin erhalten und unterstützt werden.

Um auch künstlerischen Talenten in unserem Landkreis die Möglichkeit zur Entfaltung zu geben möchten wir die Erweiterung des Spektrums zur Kunst- und Musikschule anregen.

Die Vielfalt der kulturellen Angebote im Landkreis wird vorrangig durch

Netzwerkaktivitäten der Kulturschaffenden gewährleistet. Diese wollen wir gezielt unterstützen und fördern.

NACHHALTIGE LANDWIRTSCHAFT

Wir setzen uns grundsätzlich für eine ökologisch nachhaltige Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft in Nordwestmecklenburg und Wismar ein, die unsere Region für Produzenten, Beschäftigte, Wohnbevölkerung und Gäste attraktiv macht.

Wir BÜNDNISGRÜNE streben eine deutliche Erhöhung des Anteils des Ökolandbaus an. Positiv ist festzustellen, dass der Anteil der Betriebe im Ökolandbau in Mecklenburg-Vorpommern auf fast 20 Prozent angestiegen ist. Allerdings erfolgt der ökologische Landbau vor allem auf Standorten, die für den konventionellen Landbau uninteressant sind, während gleichzeitig die Intensität des konventionellen Anbaus in den letzten zwei Jahrzehnten drastisch zugenommen hat.

Wir setzen uns für eine ökologische Umorientierung ein, die verstärkt bisherige Intensivflächen einbezieht und damit zu einer Reduzierung des Verbrauchs an Totalpestiziden wie Glyphosat führt.

Wir BÜNDNISGRÜNE lehnen den Einsatz von Glyphosat nicht nur wegen der Risiken für Menschen und Ökosysteme, sondern auch wegen der engen Verknüpfung mit der Einführung von gentechnisch veränderten glyphosatresistenten Pflanzen ab.

30 Prozent der Weltgetreideernte wandert heute nicht mehr auf den Teller sondern in den Trog.

Die Intensivtierhaltung ist damit zum Lebensmittelkonkurrenten des Menschen geworden. Wir wollen den Systemwechsel in der Tierhaltung hin zu einer artgerechten, an die landwirtschaftliche Fläche gebundenen Tierhaltung. Denn bei der Intensivtierhaltung bleiben Klima, Biodiversität, Tierschutz und Sicherung der Weltenernährung auf der Strecke.

Intensive Landwirtschaft verursacht auch eine Belastung der Oberflächen- gewässer und des Grundwassers mit Nitrat, dass wiederum chemische Prozesse auslöst, die unter anderem Uran freisetzen.

Noch mildern die Bodenverhältnisse in großen Teilen unseres Landkreises eine Verseuchung des Grundwassers ab.

Es ist jedoch nur eine Frage der Zeit, bis der Stickstoff das Grundwasser in großen Tiefen belastet und eine kosten- aufwendige Trinkwasseraufbereitung notwendig macht.

Wir setzen uns für eine Landwirtschaft ein, die die Stickstoffeinträge deutlich reduziert und damit über die Vorgaben der Düngemittelverordnung hinausgeht.



Um den Erhalt einer landwirtschaftlich-kulturellen Vielfalt zu ermöglichen und zu fördern setzen wir uns für ein aufgeschlossenes Arbeiten der verantwortlichen Aufsichts- und Beratungsbehörden ein, sodass auch kleinbäuerlichen Betrieben das Wirtschaften ermöglicht wird und keine unnötigen bürokratischen Belastungen auferlegt werden.

Wir stehen für:

- Stärkung von Ökolandbau und bäuerlicher Landwirtschaft
- Abbau von Massentierhaltung und gute Tierwohlstandards
- Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe in Erzeugergenossenschaften, Regionalläden- und märkten
- Schutz von Wasser und Böden. Wirksame Kontrolle und Veröffentlichung der Daten, vor allem der Nitrat- und Antibiotikabelastung
- aktive Förderung und Unterstützung der Imkerei in unserem Kreis

Moderne Verwaltung für mehr Demokratie

Streit und Konflikt gehören ebenso wie der gerechte Interessenausgleich zu einem demokratischen Miteinander. Politik muss wirksam ihren Beitrag zur Förderung von Akzeptanz und Toleranz

leisten. Dies ist vor dem Hintergrund der Auseinandersetzung mit autoritären Ideologien von entscheidender Bedeutung.

Wir wollen mündige Menschen, die sich für ihre Kommune und Projekte einsetzen, zum Engagement und zur Mitgestaltung ermutigen. Dazu ist es notwendig, Transparenz herzustellen und Informationen zu gewähren. Hierzu müssen auch Breitbandausbau und Internettechnologien weiterhin stark gefördert werden.



Wir fordern den Aufbau und Ausbau des Glasfasernetzes im gesamten Landkreis. Glasfaseranschlüsse sollen kostenlos in jedes Haus und nicht nur bis zum nächsten Verteilerpunkt gelegt werden. „Vectoring“ ist keine zukunftsweisende Lösung.

Industrie- und Handwerksbetriebe sind

immer stärker auf einen reibungslos funktionierenden und schnellen Internetanschluss angewiesen. Standortentscheidungen hängen inzwischen auch von der Netzinfrastruktur und ausreichenden Up- und Downloadraten ab.

Der neue Mobilfunkstandard 5G muss auch in Mecklenburg-Vorpommern kommen. Das schnelle Funknetz wird maßgeblich bestimmen wie wettbewerbsfähig und lebenswert unsere Region sein wird. 5G ist der kommende Mobilfunkstandard, der nicht nur sehr viel schneller mehr Daten übertragen kann, sondern auch eine viel schnellere Antwortzeit zwischen Gerät und Server erlaubt.

Wir BÜNDNISGRÜNE halten Bürger- und Volksbegehren für wichtige Beteiligungselemente der Bürger*innen an gesellschaftlichen und politischen Entscheidungsprozessen und fordern diese aktiv ein. Bürgerbeteiligungsverfahren, wie z. B. bei der Erschließung neuer Wohngebiete und dem Ersatzbau der Hochbrücke in Wismar, müssen ernst genommen werden.

Wir fordern ein echtes Mitspracherecht, damit sie nicht zur „pro-forma-Beteiligung“ werden.

Wir unterstützen dieses Mitspracherecht und die ernsthafte Berücksichtigung der hier durch Bürger geäußerten Wünsche.

Darum:

- fordern wir auch im neuen Kreistag die Aufzeichnung und Übertragung von Kreistagssitzungen ins Internet (Livestream) damit sich Bürger*innen auch „von zu Hause“ über die im Kreistag diskutierten Themen informieren können
- Betroffene Bürger*innen vor Ort sollen frühzeitig informiert und in Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Die hierzu notwendigen Informationen müssen transparent sein und den Bürger*innen – auch online – zur Verfügung stehen
- Bessere Umsetzung des Informationsfreiheitsgesetzes vor allem Reduzierung von Gebühren und Bearbeitungszeit
- Schaffung eines Internetportals, mit dem Bürger*innen sich aktiv in den Prozess der demokratischen Willensbildung und Entscheidungsfindung einbringen können und alle relevanten Verwaltungsrichtlinien und Daten (Open Data) leicht abrufen können (wie z. B. bei „Liquid Friesland“, „Klarschiff HRO“).
- Förderung von offenen W-Lan Angeboten für Bürger und Touristen in öffentlichen Gebäuden und an öffentlichen Plätzen
- barrierefreie Internetangebote und Publikationen der Behörden und Gemeinden
- Förderung von demokratischen Pro-

zessen und zivilgesellschaftlichem Engagement durch Schaffung der Stelle eines Demokratiebeauftragten.

Demokratie ist nur denkbar, wenn die Entscheidungen der Verwaltungen für alle nachvollziehbar sind. Die „elektronische Verwaltung und Mitbestimmung“ (e-Gouvernement) wollen wir weiterentwickeln, damit es die Kommunen transparenter und leistungsfähiger macht und neue Formen der Mitbestimmung und des Austausches zwischen Bürger*innen und Verwaltung ermöglicht.

Die Verwaltung muss sich als das verstehen, was sie ist: Dienstleister für die Bürger*innen. Das bedeutet auch eine effiziente Umsetzung der Beschlüsse der kommunalen Parlamente.

Mitbestimmung will gelernt sein. Die Grundlagen für das aktive Mitgestalten unserer Demokratie werden bereits im Kinder- und Jugendalter gelegt. Deshalb müssen sich Kinder und Jugendliche in den Kitas, Horts, Schulen sowie Gemeinden beteiligen können. Wir Bündnisgrüne sprechen uns dafür aus, dass das Kinder- und Jugendparlament in Wismar gestärkt wird.

Dafür braucht es verlässliche und kontinuierliche Strukturen und Finanzen, die echte Beteiligung ermöglichen. Um dieses zu verstetigen, fordern wir

die Verankerung der Kinder- und Jugendbeteiligung in der Kommunalverfassung von Mecklenburg-Vorpommern.“

GESCHLECHTER- GERECHTIGKEIT

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für Gleichberechtigung aller Geschlechter in Beruf, Familie und allen gesellschaftlichen Bereichen. Wir setzen uns für den Schutz vor Gewalt gegen Frauen ein. Bei Planungen und Entscheidungen müssen sowohl die Frauensicht als auch die jeweilige Auswirkung auf alle Geschlechter stärker berücksichtigt werden. Wir wollen Frauen daher ermutigen, sich politisch zu engagieren und setzen uns für ein ausgewogenes Verhältnis von allen Geschlechtern bei der Stellenbesetzung und in den kommunalen Aufsichtsräten ein.



Wir BÜNDNISGRÜNE treten dafür ein, dass die Vergabe öffentlicher Aufträge an die Erfüllung von Standards der Gleichstellung geknüpft wird. Wir fordern die Unterstützung und Förderung von familienfreundlichen Unternehmen und den vermehrten Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen.

KOMMUNALFINANZEN

Die kommunale Selbstverwaltung darf nicht nur ein leeres Wort sein, Kommunen brauchen ausreichend Geld, um die Aufgaben für ihre Bürger*innen zu erfüllen. Deshalb setzen wir uns für eine ausreichende Finanzierung der Kommunen ein.

Weiter ist wichtig:

- verantwortungsvoller Umgang mit Steuermitteln und Nachvollziehbarkeit der Entscheidungen

- Prüfung von Ausgaben von kommunalen Gesellschaften
- Offenlegung kommunaler Haushalte gegenüber Bürgern
- Investitionen in energiesparende Techniken bei öffentlichen Gebäuden, um langfristig finanzielle Mittel einzusparen
- verbesserte und sinnvolle Nutzung von Förderprogrammen von Bund und Ländern für Infrastruktur der Kommunen, Stadt- und Dorfentwicklung



FÜR EINE STARKE BÜNDNISGRÜNE MITSPRACHE
IM KREISTAG NORDWESTMECKLENBURG,
IN DER BÜRGERCHAFT WISMAR UND DEN VIELEN
GEMEINDEVERTRETUNGEN IM LANDKREIS.

Bündnis 90 / Die Grünen

Kreisverband Nordwestmecklenburg/Wismar

Bademutterstraße 15 · 23966 Wismar

info@gruene-nordwestmecklenburg.de

gruene-nordwestmecklenburg.de

